

Verlag u. Geschäftsstellen
Halle (Saale), Burg 42-44.
Telefon 1047.
Eröffnet von 7 1/2 Uhr früh
bis 5 Uhr nachmittags.
Postfachkonto: 2093 161 08.

Volksblatt

Erschließung:
Halle (Saale), Burg 42-44.
Telefon 1045.
Erscheinung: Nur wochentags
von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugpreis: Frei Haus monatl. 1,75 M., vierteljähr. 5,25 M.;
durch die Post bezogen monatl. 1,75 M., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Freitag nachmittags.
Anzeigen bis morgen 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 25 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 75 Pf.
für Retame, anschließend an den dreispaltigen Textteil.

Auf, an die Arbeit!

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Durch ihre höchste Inanspruchnahme, durch den Parteitag zu Leipzig, hat sich die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands erneut und entscheidend zum revolutionären Sozialismus bekannt.

In dem einstimmig beschlossenen Aktionsprogramm wird ausgeprochen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, die alle Kopf- und Handarbeiter umfaßt.

Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist die Vorbedingung zur Bewirkung des Sozialismus.

Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse wird gemeinsam geführt von der Unabhängigen Sozialdemokratie, den Gewerkschaften, die sich zum unverfälschten Klassenkampf bekennen und der proletarischen Räteorganisation. Wir fordern darum unsere Genossen und Genossinnen an, auch fernerhin für ein brüderliches Zusammenarbeiten

zwischen diesen drei Organisationen für die sozialistische Revolution zu wirken. In unserer Partei muß alles darauf abzielen, daß die Grundzüge und Forderungen des wissenschaftlichen Sozialismus zum Gemeingut aller Mitglieder werden. In den Gewerkschaften haben unsere Mitglieder unter Ablehnung aller fanatismatischen und anarchischen Behauptungen bei der Umgestaltung der Gewerkschaften zu Kampforganisationen das treibende und führende Element zu sein. Die Räteorganisation ist in ihrem wirtschaftlichen und politischen Aufbau auf das Tatsächliche zu unterbauen.

Unter aller Bestreben muß sein, vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß

das deutsche Proletariat erfaßt und kampffähig gemacht wird.

Die Partei hat durch ihren Parteitag abermals den unerschütterlichen Willen bekundet, jeden konterrevolutionären, militaristischen und kapitalistischen Falsch durch Massenaktionen niederzuschlagen.

Das Treiben der nationalitären und imperialistischen Reaktion, die schändliche Vergeltung der Regierung, deren Hauptstapel der Schand der deutschen Kriegsverbrecher zu sein scheint, geben dem Entente-Imperialismus immer neue Gelegenheiten, den Frieden hinauszuwischen. Das deutsche Proletariat ist nicht gewillt, sich durch die Vandalenschaften der Reaktion in

neue gefährliche Abenteuer

hinein zu lassen.

In der Erkenntnis, daß dem imperialistischen Weltkapital eine geschlossene Front des internationalen revolutionären Proletariats entgegenzusetzen werden muß, bekundet der Parteitag seinen starken Willen zum Zusammenbruch mit dem revolutionären Proletariat aller Länder. Wir erklären und erneuert solidarisch mit unsern von der Weltreaktion bedräng-

ten russischen Brüdern und fordern mit verstärktem Nachdruck den sofortigen

Frieden mit Sowjetrußland!

Die Blut- und Eisenpolitik der Reaktionisten hat sich im Marinsk-Prozess in ihrer furchtbaren Barbarei enthüllt. Der weiße Terror der Ordnungsbahnen zeigte sich in diesem Prozeß in seiner ganzen Schrecklichkeit. Das Urteil wirkt wie eine Aufmunterung zu neuen Verwältungen und wie eine Herausforderung des Klassenbewußten Proletariats.

Weiter denn je erkennt das deutsche Proletariat, daß dem Völkern der militaristischen Gegenrevolution

eine einheitsliche proletarische Kampffront entgegengesetzt werden muß. Die Arbeiterklasse wird um so härter sein und um so rascher siegen, als sie geschlossener und einigtr ist. Die Geschlossenheit kann nicht erzielt werden durch eine formelle Einigung innerlich auseinanderstrebender Elemente, sie kann nur von der Arbeiterklasse selbst herbeigeführt werden auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes, der der Diktatur des Militarismus und des Finanzkapitals die Diktatur des Proletariats

entgegenstellt. Deshalb ist das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundideen und Forderungen des wissenschaftlichen Sozialismus, wie sie in unserem Aktionsprogramm niedergelegt sind, die Voraussetzung zur Einigung der Arbeiterklasse.

Dem proletarischen Klassenkampf Inhalt, Richtung und Ziel zu geben, das ist die geschichtliche Aufgabe, die unsere Partei zu erfüllen hat. Sie kann dem Proletariat in seinem Kampfe für den Sozialismus nur Führerin und Bannerträgerin sein, wenn sie der rechtssozialistisch-bürgerlichen Politik eine unabhängige sozialistische Politik entgegenstellt.

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Der Parteitag hat uns ein Aktionsprogramm geschaffen, dessen Verwirklichung der größte Erfolg sein wird. Er hat unserer Partei nach heißen Kämpfen durch seine Arbeiten und Beschlüsse nur geschlossener, härter und kampfbereitender gemacht.

An euch ergeht der Ruf, nimmer in der Arbeit zu erlahmen, durch die das Proletariat für den Sozialismus gewonnen werden soll.

Schwere Kämpfe gegen den Kapitalismus liegen hinter uns, Schwerere Kämpfe für die Befreiung der Arbeiterklasse stehen und bevor. Von der Dummheit nicht verblenden, von der Gemeinheit gehäßt, von der Niedertracht verfolgt, von der Brutalität bedröhrt, trotzen wir allen Schürmen! Denn in uns leben unsterbliche Kampfeswille und Siegesgierigkeit! Wir alle sind bereit, für die Befreiung der Menschheit unser ganzes Sein einzusetzen

Das Zentralkomitee der

Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Arthur Grippien, Ernst Dämmig, Wilhelm Dittmann, Adolf Hoffmann, Wilhelm Koenen, Franz Künzler, Julius Hofes, Anna Kemig, Hermann Kabiske, Kurt Rosenfeld, Walter Stoeder,
Luise Berg.

Regierung und Scapa-Flotfrage.

Wie verlautet, wird in der deutschen Antwortnote die Forderung einer schiedsgerichtlichen Entscheidung über die Scapa-Flotfrage gestellt. Falls angenommen, daß keine Aussicht auf Erfüllung besteht. Es weitem wird in der Note der sehr Wille der deutschen Regierung betont werden, zu einer Einigung zu kommen und eventuell über eine andere Entscheidung zu verhandeln.

Der Friedenswille Sowjetrußlands.

Paris, 9. Dezember. (W. T. N.) Nach einer Meldung des Populaire aus London soll der Kongreß der Sowjets in Moskau einmütig beschlossen haben, in einer Resolution zu erklären, daß die Sowjetrepublik mit allen Willenskräften für den Frieden leben wolle. Es bietet sich noch einmal den alliierten Völkern gemeinsam vor, getrennt den Frieden zu suchen und fordert sie auf, sofort Friedensverhandlungen zu beginnen.

Reval, 9. Dezember. Auf der Konferenz in Dorpat wurde über die Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands, sowie über die Bedingungen für einen Waffenstillstand vollkommene Einigung erzielt. Dagegen sind unter den Mitgliedern der estländischen Abordnung Meinungsverschiedenheiten aufgetreten, was zur Folge hatte, daß ein Teil ihrer Abordnung nach Reval zöge, um mit der Regierung zu verhandeln.

Friedensbedingungen für Ungarn.

Wien, 10. Dezember. Der Neue Freie Presse zufolge sind die wichtigsten Friedensbedingungen für Ungarn folgende: Ungarn wird aus 14 Komitaten bestehen; es muß binnen 20 Jahren 18 Milliarden für die Wiedergutmachung an die Entente zahlen und übernimmt ein fünfjähriges Gesamtrenten Staatsschulden der ehemaligen Donaumonarchie. Ueber die Staatsform des Landes wird durch Volksabstimmung entschieden werden. Jedoch schließt § 20 des Vertrags die Gabsburger von der Herrschaft über Ungarn aus.

Paris, 10. Dezember. Heute nachmittag hat General Coandă, der Präsident der rumänischen Friedensdelegation, den österreichischen und bulgarischen Friedensvertretern und die Zusatzprotokolle zum österreichischen Friedensvertrag unterzeichnet.

Sauppman u. Kessel verhaftet.

Berlin, 10. Dez. (W. T. N.) Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht I teilt mit, daß der Untersuchungsrichter beim Landgericht I antragsgemäß gegen den Polizeihauptmann u. Kessel einen Haftbefehl wegen Weichens, Urkundenfälschung und Herausforderung zum Zweck der Verhaftung u. Kessel wurde heute in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Also doch endlich! Es hat allerdings ziemlich langer Ueberlegung gebraucht, bevor man sich dieses Oben wegen Vergehens versichert, die schon am ersten Verhandlungstage im Marinsk-Prozesse für jeden Sehen den offenbar waren.

Der Krieg dauert fort.

Ein die kapitalistischen Nachhaber noch übrig, der Kriegsmüden Menschheit den Frieden wiederzugeben? Dreizehn Monate sind seit dem Waffenstillstand vergangen. Aber vom wirklichen Frieden sind wir immer noch weit entfernt. In Rußland dauert der Krieg fort; die monarchisch-konterrevolutionären Armeen der Polisch, Estnisch und Judentisch und die Oere Polen und der baltischen Völker stehen, von der Entente befehlet und ausgerüstet, immer noch im Kampfe gegen die Sowjetrepublik. In Ungarn sammeln sich die konterrevolutionäre Armee, die, von den „historischen Grenzen“, von der „territorialen Integrität“ Ungarns traumend, den Frieden und die Freiheit aller Nachbarn Ungarns bedroht. In ganz Vorderasien ist ein gärendes Chaos, in Kappeln marieren britische Truppen blutig den Aufstieg nieder. Zwischen Deutschen und Polen, Polen und Litauern, Estländern und Finländern besteht eine gefährliche Spannung, die täglich zu blutigen Zusammenstößen führen kann. Die Regierung Letlands erklärt, sie sei im Kriegszustand mit Deutschland. Am Rhein stehen britische, belgische und französische Truppen drohend den deutschen Grenzposten gegenüber. In den Vereinigten Staaten, die eben wieder in gefährlichen Konflikt mit Mexiko geraten sind, weigert sich die Mehrheit des Senats, den Friedensvertrag anzunehmen. So dauert, dreizehn Monate nach dem Waffenstillstand, der Krieg immer noch fort. Die Menschen, die vor fünf Jahren den Krieg begonnen haben, haben die ganze Welt aus den Augen gerissen, und nun scheint es, als ob sie nicht mehr einzutreten wären. Und die Furber des Kriegszustandes läßt die wirtschaftlichen Kräfte, sie hemmt die Wiederaufnahme des internationalen Warenverkehrs, sie verhängt Not und Notung und Arbeitslosigkeit in aller Welt. Ueber die befeigten Länder herrscht die Hungernot. Aber auch die Völker der Sieger leiden. Auch der französische Front ist schon auf die Hälfte seines Produktionswertes gefallen, auch das englische Flund hat ein Dvoigt. Und während alle Völker wirtschaftlich herunter leiden, stehen immer noch in den Kriegsgeschlagenern Tausende und Hunderte in fürerlicher und seelischer Qual dahin. Dreizehn Monate nach dem Waffenstillstand, — aber von den Grenzen des Krieges sind wir noch immer nicht befreit.

Eben jetzt ist ein gefährlicher Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich ausgebrochen. Die französische Regierung wirft den Deutschen vor, sie hätten die Bedingungen des Waffenstillstandes nicht redlich erfüllt. Die im Waffenstillstandsvertrag bedingte Lieferung von Waggons und Lokomotiven sei noch nicht vollständig erfolgt, die auszuliefernden Kriegsmaterialien seien auf Weisung der deutschen Regierung in Scapa Flot verfrachtet worden, die Arbeitskräfte, die das zerstörte Nordfrankreich wieder aufbauen sollten, seien durch Verleihen der deutschen Regierung noch nicht geliefert. Aus Verleihen seien die deutschen Truppen noch immer nicht abgezogen. Die Volksabstimmung in Oberösterreich und Nordböhmen werde durch deutsche Schand verweigert. Nach Gleichsetzungen werde von Deutschland aus eine französische feindliche Agitation getrieben. Deutschland halte mehr Bewaffnete unter den Händen, als es zu halten begehrt sei. Zur Sühne für alle diese Verbrechen fordere Frankreich von Deutschland abermals die Auslieferung von Schiffen, Docks, Waggonen und Kränen; diese Auslieferung der Sieger ist noch nicht gefolgt. Den deutschen Vorkrieg, die Entente fragen einem Schiedsgericht vorzuliegen, lehnt die englische Tagespresse höhnisch ab; solches Verfahren sei zwischen Gleichberechtigten möglich, nicht zwischen Siegern und Besiegten. Und schon droht die Entente mit neuen militärischen Maßnahmen. Schon heißt es, sie wolle Frankfurt am Main, die alte Hauptstadt des deutschen Bundes, Essen, die Reichshauptstadt Deutschlands, die Reichs- und das Ruhrgebiet, das Deutschland mit Koblenz verlor, belegen.

Man kann zugeben, daß im deutschen Lager Fehler begangen worden sind, aber die Frankreich nicht mit Unrecht Verleihen führt. Wohl hat die deutsche Regierung unabweislich den besten Willen, die Verpflichtungen, die sie unter dem Druck der Lebensnot übernehmen mußte, getreulich zu erfüllen. Auch jene Vorkriegstagen trotzten Protesten, durch die Vorkriegstagen das Selbstgefühl der Sieger gereizt hat, hat Hermann Müller klug verwiesen. Aber der gute Wille der deutschen Regierung ist durch die Unmöglichkeit der Generale und ihrer alldeutschen Gefolgschaft in einigen Fällen verhängnisvoll durchkreuzt worden. Ueber die konterrevolutionären Abenteuer der deutschen Truppen in Verleihen föhrt die Entente mit Recht Klage. Und daß die Generale die konterrevolutionären, zur Niederhaltung der deutschen Arbeiterklasse bestimmten Einmarscherehen den Bestimmungen des Friedensvertrages zuwider zu einem Oere ausgeführt wolle, Klingt nicht unabweislich. Viele Leute, die das deutsche Volk durch die ruckeligen Verbrechen ihrer Kriegspolitik und Kriegsführung ins Unglück gebracht haben, bringen Deutschland auch jetzt noch in immer neue Verleihen, immer neue Verleihen. Aber wenn auch Frankreich über das gemessenlos Treiben der Deutschen reuig ist, so hat es doch nicht mit Unrecht Verleihen führt, so erklärt und reuigiert das noch lange nicht die unendliche Grausamkeit, die der Entente-Imperialismus abermals gegen das deutsche Volk bewies. Denn die andres soll man es nennen, wenn Clemenceau jetzt noch, dreizehn Monate nach dem Waffenstillstand, die Auslieferung der Kriegsgeschlagenern verweigert? Wie anders, wenn Frankreich von Deutschland abermals die Auslieferung von Waggons und Lokomotiven fordert, obwohl der Mangel an Eisenmaterial ganz Mitteleuropa der Not und dem Hunger preisgibt? Und wenn die Entente das Angebot, den Streit der Entscheidung eines Schiedsgerichts zu unterwerfen, ablehnt und mit militärischer Bedröhung droht: zu welchem Spott macht sie

Präsident Rechenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Min. Vorsitzend der beiden Beratung über das

Notopfer.

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.): Die gestrigen Szenen bezeichnen nur, daß die Rechte den Mann stellen will, der mit beispielhafter Energie Deutschland aus seinem finanziellen Elend retten will.

Präsident Rechenbach: Ich kann diesen Ausdruck nicht gut verstehen, weil ich keinen nicht ausfinden kann.

Abg. Dr. Braun (fortfahrend): Es ist nicht zu verstehen, daß die Rechte dann auf das Notopfer legt. Zu dem Entwurf haben wir nur wenig Änderungsträge.

Abg. Dr. Karpis (Zit.): Zu schamen sind bei der Annahme des Gesetzes die Familie und die verbende Arbeit, und das ist im Gesetz geschehen. Die Schwanzanleihe ist innerlich unzulässig.

Abg. Dr. Wedder-Sellen (D. Vp.): Der Vortrag von gestern war ein sehr wichtiger Vortrag. Die Vorlage will ein laubende Abgabe vom Vermögen als Grund wiederholter Veranlagung des reinen Vermögens nach progressiv steigendem Steuersatz und zweitens durch eine Steueranleihe, die nach der Vermögensabgabe unzulässig ist.

Minister Erberberger: Der Reg. den der Antrag Reiser und Wedder vorbringt, ist die viel schwächere Variante, welche nicht nur die Schwanzanleihe, sondern auch die Vermögensabgabe, die die unzulässige, die Schwanzanleihe bittant aufheben. Dem hohen Lied des Sozialismus, das Abgeordneter Gugenberg gestern gelobt hat, sehe ich entgegen.

das hohe Lied der Solidarität.

des sozialen Geistes. Wer den Gedanken der Solidarität nicht anerkennt, hat den Geist der deutschen Umwälzung überhaupt nicht begriffen. Der ungeheure Gegensatz der hohen Vermögen und Vermögenslosigkeit ist auszugleichen. Die große Masse der Arbeiter erträgt es nicht mehr, die großen Vermögensverhältnisse vor sich zu sehen, und während des Krieges haben sie sich aufgebaut. Das ist auch der letzte Gedanke des Notopfers, ohne es wird es keine Regierung möglich sein, unsere Wirtschaft auszuheilen.

Abg. Baum (L. S.): Die Anträge der Rechten gehen nur dahin, den Massen die schwersten Lasten aufzubürden. Sie (nach rechts) wollen verhindern, daß etwas zustande kommt, was uns wenigstens in etwas aus dem augenblicklichen Unglück heraushilft. Ihr bewußtloses Vernein, die arbeitenden Massen belastet. Das Kapital muß noch in ganz anderer Weise herangezogen werden.

Es hat den Krieg verurteilt und soll nun auch die Rechte bezahlen. Die Rechte sucht von dem unabweisbaren Schicksal der Ableitung durch eine neue Wirtschaftspolitik hinwegzusetzen. Das Reichsnotopfer bedeutet keine Sozialisierung. Auch die Steuererlasse sind keine Sozialisierungsmaßnahme. Aber sie bereiten den Weg dazu vor, weil das Volk dazu gezwungen wird, aus sich heraus eine neue Wirtschaftspolitik zu schaffen. Es handelt sich darum, daß der Besitz Steuer zahlen soll. Jeder Vermögensbesitzer wird, ist eine Ungerechtigkeitsfrage, gegen die sich die Arbeiter zu wehren haben. Es ist eine Maßnahme, die hier sehr zur Entscheidung kommt. Viel hängt davon ab, welche Wächte zwischen der zweiten und dritten Lesung hinter den Kulissen noch in Bewegung gebracht werden. Wenn das Gesetz abgelehnt wird, so wird damit ein glänzendes Agitationsmaterial für uns geschaffen. (Seufzer b. d. L. S.)

Abg. Dr. Gugenberg (Zit.), persönlich: Ich habe Herrn Erberberger vorgeworfen, daß seine Politik zur Befreiung des Reichsgebiets führen könnte. Ich hatte diese nicht gewollt. Das glaubt mir doch auch niemand. (Lärm.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Dr. Heim (L. S. P.), persönlich, Dr. Stresemann (D. Vp.), Dr. Braun (Soz.) und Karpis (Zit.) folgt die namhafte Abstimmung über den Antrag Wedder (Soz.) und Reiser auf Zurückweisung der Vorlage an den 10. Aufsatz.

Es stimmen ab 279 Abgeordnete. Der Antrag Wedder-Reiser wird mit 226 gegen 43 Stimmen abgelehnt.

§ 1 des Gesetzes wird nach Ablehnung eines Aufsatzes Antrags in der Kommissionsfassung angenommen.

Eine längere Aussprache wird eine Reihe von Paragrafen nach der Haltung des Ausschusses und unter Annahme einiger Änderungsanträge Dr. Wind (Zit.) angenommen.

Bei § 5 will Abg. Gruber (Soz.) auch die Kirche und ihr Vermögen

unter das Notopfer bringen. Von den Eparchien sollen nur die bei Gemeinden und den Gemeindeverbänden gebührenden Einlagen abgeteilt sein.

Minister Erberberger: Beifällig der Vorstellen wäre es mir recht, wenn die zur Herabsetzung der Kirchensteuer. Wenn Sie aber den politischen Parteien, Turnvereinen usw. Steuerfreiheit geben, so müssen Sie sie auch den Kirchen geben, sonst wäre dies ein ausgeprägter antikirchlicher Akt. Ein Gesamtentwurf über die allgemeine Besteuerung der toten Hand

wird demnächst fertiggestellt. Der sozialdemokratische Antrag, die Kirche mit dem Notopfer zu befreien, wird abgelehnt.

§ 5 wird im übrigen in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Vantschlag usw. Schluß 7 Uhr.

Deutsche Kriegsdokumente.

Endlich sind die Dokumente herausgegeben, die von Kaiser Wilhelm I. am 28. Juni 1914 wurden. Sie umfassen in vier Bänden noch nicht veröffentlichte Dokumente im Zusammenhang mit dem Krieg anlässlich der Kaiserin. Es sind 1188 Aktenstücke, von denen eine Anzahl nur dem Sinne nach in den vier Bänden abgedruckt sind.

Der nachmalige Leberabtritt ausgefallen wurde, dafür wird keine Erklärung gegeben. Die Veröffentlichung der Dokumente ist sehr wahrscheinlich jetzt endlich geschehen, weil ihre Zurückhaltung keinen Zweck mehr hat, nachdem aus dem Buche Kaiser Wilhelm I. die Veröffentlichung der Akten herauskommen sollte. Durch Zerschneidung des ausländischen Verlegers die nachherigen Bänden in englischen Werten abgedruckt und kommentiert wurden. Wären dieser Veröffentlichung hat die bürgerliche und zum Teil auch die rechtsstaatliche Presse eine heftige Feindschaft gegen Kaiser Wilhelm I. unternehmen, mehr natürlich um von Gegenständen abzuweichen, als aus dem Verleihen, das Material dem deutschen Publikum zu unterbreiten. Der Verleger des Kaiserlichen Buches sendet der Presse folgende Darlegung:

Kaiser Wilhelm I. übernahm mit dem Beginn der Revolution, daß es für ihn nach der Veröffentlichung der offiziellen Akten erscheint. Es war meine selbstverständliche Pflicht, dafür zu sorgen, daß im Hinblick auf die im fernsten Anlande an öffentliche Leberabtritt dieses Buches zu erscheinen, und zwar zu gleicher Zeit mit der deutschen Ausgabe. Wenn nun diese Vorlage unterlassen hätte, wären beim Erscheinen des Buches bestimmte Berichte hinausgeleitet worden.

Ich habe insofern einen Vertrauensmann nach London mit dem ersten Teil, die Leberabtritt nicht aber mit dem Band zu geben als bis er von mir das Telegramm erhielt, das das Erscheinen des Buches in Deutschland anzeigt.

Meinem Vertrauensmann wurde für die Leberabtrittrechte keinerlei Preis genannt, sondern es wurde ihm gänzlich überlassen, welches Honorar und ob überhaupt ein Honorar von den ausländischen Verlegern gezahlt wird.

Ich habe heute noch keine Nachricht, ob die Leberabtrittrechte von irgendeinem ausländischen Verleger honoriert worden sind oder nicht. Kaiser Wilhelm I. hat mir keinerlei Vorschriften gemacht. Er hat sich um das Geschickliche überhaupt nicht gekümmert, so daß ich insofern angezogen bin, in so außerordentlicher Weise die Selbstbestimmung zu verhandeln.

In dem Schreiben des Verlegers werden dann die Verhältnisse angeführt, die über die Veröffentlichung der Akten im Vorblatt der Buchhändler erschienen sind und die zeigen, daß man im Auslande wohl der Meinung sein konnte, die Aktenammlung erbeine spätestens am 28. November. Dies wurde dem Verleger auf Anfrage von dem offiziellen Seite bestätigt, worauf er nach London telegraphierte, die Veröffentlichung habe erst am 28. November zu erfolgen.

Graf Kautsch legt in einer Inschrift der Frankfurter Zeitung dar, wie er zur frühlichen Bearbeitung der Akten gekommen sei. Jedem am Krieg Beteiligten habe auf die Akten Einblick zu geben, und zwar zu gleicher Zeit mit der deutschen, an dem er endlich die Freiheit der Sprache in der Schriftfrage wieder gewinne. Nicht eine Minute länger als notwendig will er agieren, um mitzuteilen, was er aus den Akten gelernt, einer Arbeit, die er nicht für den Unterhaltungsbedarf leistete, sondern für das deutsche Volk, für die Völker der Welt. Er sieht in dieser Veröffentlichung nicht einen Verlust, aber die gute Sache aber ein gutes Geschäft, was ihm nicht weniger, sondern einfach die Erfüllung einer Pflicht. Er urteilt also allerdings nicht als Bureaukrat und Angestellter des kaiserlichen Amtes, sondern als Republikaner und internationaler Sozialist.

Auf die Akten selbst wird noch zurückzukommen sein, wenn sie entfallen das Material darüber, wie weit die deutsche Regierung und die herrschende Klasse an Ausbruch des Krieges schuldig sind.

In einem Artikel der Welt am Montag behandelt v. Gersbach die Frage der Kriegsveröffentlichung. Er unterteilt die Veröffentlichung der Dokumente und ährt mit einem Artikel des demokratischen Abgeordneten Kaufmann im Berliner Tageblatt einen Text.

Auch diesen Text und lebt, im Moment, der etwa sich verändernden Modifikationen mit dem nachfolgenden Auslieferungsbegehren, hat die jetzige Regierung die hohe Mühsal geübt, die Publikationen zurückzuhalten. Wir von der demokratischen Fraktion haben sie darin bekräftigt.

Der Gersbach bemerkt dazu: Als die Regierung sich bei dem durch die Akten der Demokratie die Veröffentlichung verweigert. Diese Zurückhaltung für den ersten Schritt, der die Regierung, für den Portmann unserer gerade lebt so schwierigen Verhandlungen mit der Entente nicht sei besonders förderlich sein. Gersbach ährt aber auch aus dem Vorkämpfer-Vorblatt folgende Äußerung, die unterm 1. Dezember erschienen:

Dem deutschen Vorkämpfer ist eine bedeutungsvolle Aufgabe anvertraut: Die wichtigsten Vorkämpfer werden der Welt zeigen, daß das deutsche Volk unerschrocken ist am Prinzip. Deutschland hat bei diesen Akten nicht verdient! Die Verbreitung der deutschen Dokumente ist nationale Pflicht jedes deutschen Vorkämpfers! Deutsche Verlagsanstalt für Politik und Geschichte m. B. O. Charlottenburg.

Nicht Kautsch ist, so schreibt Gersbach, durch den Gang der Dinge discreditiert, aber der Verleger der amtlichen deutschen Dokumente discreditiert seine eigene Veröffentlichung, indem er der tendenziösen Aktenammlung von vornherein eine Beifügungstendenz andichtet.

Pöblenot auch in Amerika.

Washington, 8. Dezember. (Answ.) Der Verkehrsminister hat heute eine Verfügung erlassen, die im ganzen Lande strenge Einschränkungen vorschreibt. Alle industriellen Unternehmen mit Ausnahme der lebenswichtigen, dürfen nur noch drei Tage in der Woche arbeiten. Auch der Verkehr der elektrifizierten Bahnen wird auf ein Mindestmaß herabgesetzt. Die Verwendung in den Vergütungs-Etablissements wird mit Ausnahme der Zeit von 7 bis 11 Uhr ausgeschlossen. Um 4 Uhr nachmittags müssen in allen Bureaus die Lichter gelöscht werden.

Interkandinavischer Arbeiterkongreß.

Stockholm, 8. Dez. Der interkandinavischer Arbeiterkongreß hat heute hier begonnen. Es sind etwa 200 Delegierte von Norwegen, Dänemark, Schweden und Finnland anwesend, die 300 000 handwerklichen Arbeiter vertreten. In der ersten Sitzung des Kongresses hat der erste Vizepräsident, was die Stellung der interkandinavischer Arbeiter zur Weltrevolution er sprach, daß der Kampf der 3. Internationale aus und empfahl, daß Vorbereitungen für die Veranlassung von Streiks und anderen Aktionen zur Unterdrückung und als Hilfe für die russischen Genossen getroffen werden.

Wenn die Kriegsgelde, für die sie vier Jahre lang zu kämpfen kam und unter denen doch immer das erste Geld hand: die Verdrängung des Reiches an die Stelle der Verdrängung der gewagerten Baust zu legen!

Was ist Frankreich von Deutschland? Ist es nur die durch den Angriff des kriegslosigen Nationalismus im Jahre 1914, durch die radikale Kriegführung Ludendorfs, durch die fürchterliche Zerschneidung der kulturellen, kulturellen Brücken Frankreichs ansehnliche Schäden, die das Bedürfnis weckt, Deutschland immer und immer wieder von neuem zu demütigen? Oder liegt die hinter dieser Politik ein ganz anderer, tieferer Sinn? Die französischen Sozialisten fürchten, Deutschlands Wiederkommen. Sie glauben, jetzt oder nie sei der Augenblick, die Volkskraft des bei weitem größeren Nachbarkontinentes für ein Jahrtausend zu zerstören. Sie meinen, diese Notwendigkeit sei um so größer, da die Vorarbeiten, unter denen allein der amerikanische Senat den Vorkriegsvertrag annehmen will, Frankreich die Öffnung rauben, daß alle Mächte der Welt jederzeit bereit sein werden, ihm im Falle eines deutschen Neuantritts durch das Erscheinen der deutschen Reaktion, durch das Wiederkommen des deutschen Militarismus, das sich in den monarchistischen Ausrichtungen offenbart, verdrängt zu werden. So möchten denn die französischen Sozialisten einen neuen Konflikt mit Deutschland anstreben, ihm zum Verhängnis nehmen, die Kolonialgebiete des deutschen Reiches zu belegen, der deutschen Industrie den Rohstoff abzugewinnen, Deutschland in die fürchterliche wirtschaftliche und soziale Katastrophe zu stürzen; gelangt das, dann könnte man das Frankreich, die Völk, die überlebenden Staaten vom Reich losreißen, sie (und mit ihnen vielleicht auch Deutschland) als französische Kolonien zu einem neuen Rheinland vereinen, das Unternehmern Ludwigs XIV. und Napoleons I. wiederholen. Doch es ist Frankreich heute nicht, die solche Wünsche legen, haben die Parlamentarier über den Friedensvertrag geeinigt; ist die Politik, die immer neue Konflikte mit Deutschland sucht, solchen Plänen zu dienen bestimmt!

Der Krieg hat alle Vorgesetzten nach Verdrängung und Beute gemacht. Man sind sie so stark geworden, daß sie den Krieg nicht zu Ende kommen lassen. Noch haben wir nicht wirklich Frieden. Noch dauert der Krieg fort. Und weil er noch dauert, gelangt es nicht, die Kriegsnote zu überwinden; wachen Not und Elend und Verzweiflung in unerbittlicher Gewiss, die Besiegten leiden am schwersten. Aber die Weltwirtschaft ist ein Organismus, in dem schließlich alle Glieder erstarren müssen, wenn ein Glied tödlich getroffen wird. Wenn ganz Ost- und Mitteleuropa zugrunde gerichtet werden, wird auch Westeuropa wirtschaftlich immer tiefer fallen, auch dort die Not immer größer werden, die Erbitterung der Leidenden Massen immer mächtiger answellen. All die kapitalistische Welt nicht imstande, der Welt den Frieden zu geben, dann verdammt sie sich selbst zum Tode. Die Massen, die die Fortdauer des Krieges in immer tieferes Elend führt, werden das Mittel vorküpfeln. (W. A. S.)

Notie und die Abgeordneten-Immunität.

Trop der verdränglichen Hinweise auf die Aussage des Hauptmanns Schwabacher im Marlob-Rogoz, daß die Notie im Juni unter Verletzung der Immunität der Abgeordneten, die unabhängigen Abgeordneten habe verhaften lassen wollen, hat die Presse diese unerhörte Wälscht tadelnd geurteilt. Jetzt hat Genosse Kautsch in der Nationalversammlung folgende Frage gestellt:

In dem vor dem Berliner Militärgericht verhandelten Mordprozess Marlob und Komplizen wurde der Hauptmann Schwabacher als Zeuge unter Verletzung des Eingekleidens. Meinens Erachtens trägt an der Entführung der Marlob in der französischen Strafe der Rast-Ordnung die Schuld. Wie weit die Regierung ging, illustriert der Fall der Dalkisten, welche kurz vor dem Berliner Frieden aufgefesselt wurden. In diesen Haftstätten letzte sich der Reichswehrminister Notie über die Immunität der unabhängigen Abgeordneten hinweg, weil der Minister die Wälscht hatte, gegen die Unterzeichnung des Friedens zu stimmen. Da es sich um einen Einzelfall handelte, und der Minister nachher für den Frieden stimmte, sind die Dalkisten nicht in Kraft getreten, aber ihre Aufstellung ist überaus besorgniserregend. Es war es in anderen Fällen.

Amweilend und seit nunmehr die Regierung über das gesammelte rechtlich verfassungswidrige Vorgehen des Wehrministers Notie unterrichtet?

Was gebietet die Regierung zu tun, um die gefährdete Immunität der Mitglieder der Nationalversammlung, sowie Freiheit und Leben schuldloser Staatsbürger sicherzustellen?

Verfängliche Anfragen.

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 20. Juli 1910 vor beschloßen worden, alle Protokolle über die verdränglichen Einlagen des Hauptmanns Schwabacher und der Sicherungskommission des Reichstages zu veröffentlichen.

Die Konventionen stellen nunmehr die Letzte Anfrage, wie die Konventionen dieser Beschluß in die Tat umgesetzt werden sollte!

Den Scheidemannern ist diese neuartige Frage natürlich nicht wohlgefallen - weil sie durch sie nur noch ärger discreditiert werden können. Wenn aus den Protokollen nicht klar und deutlich die Kriegsverbrechen hervorgehen, die dem Reichswehrminister Notie mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokratie hervor! So daß man sich nicht zu Unrecht annehmen darf, die Verdrängung der Veröffentlichung finde in dieser Laune seine Gründe.

Notizen.

„Stromprinz“ Knapprecht stellt sich der Entente. München, 8. Dez. Der frühere bairische Kronprinz Knapprecht hat sich in einem an den Präsidenten des bairischen Hilfsvereins vom roten Kreuz, Staatsminister von Wittreich, gerichteten Schreiben bereit erklärt, wenn die Alliierten seine Hilfe zu leisten in der Lage sind, die Verdrängungen des Reichswehrministers Notie in Erfüllung einer Pflicht, die aus dem Volk, dem er anvertraut, zu erfüllen selbst bemüht gewesen sei.

Demnach scheint sich Knapprecht mit auf der Auslieferungsliste zu befinden. Seine Pflicht, sich freiwillig zu stellen, und die Gründe dafür, verdrängen alle Verurteilung. Daß die anderen Leberabtrittenden deutschen Kriegsverbrecher sich ihm zum Vorbild nehmen werden, ist indes wohl kaum anzunehmen.

Die Anklage gegen Siller. Wie die W. A. S. erfahren, ist die Anklageverfügung im Falle Sillers vom Reichsgericht vollzogen. Die Anklageurkunden sind dem Verdrängten Siller zugeworfen. Die Verdrängung des Reichswehrministers Notie in Erfüllung einer Pflicht, die aus dem Volk, dem er anvertraut, zu erfüllen selbst bemüht gewesen sei.

Neue Verfassung in Selen. Die heftige Volkstammer hat den Entwurf der Verfassung des Volksstaates Selen mit dem Stimmen der Mehrheitspartei angenommen. Die Wahlen zur Volkstammer sollen aber erst im November 1921 stattfinden.

Serbien schließt seine Grenzen. Paris, 8. Dez. Die Chicago Tribune aus Salonik meldet, hat Serbien seine Grenzen geschlossen.

Walhalla-Operation-Theater.
 1/2 Uhr
„Eva“
 (das Fabrikmädchen)
 Operette v. Franz Lohr.
 Sonntag 1/2 Uhr
Aschenbrödel.
 Kart. hierzu ab Freitag.
 Kasse 10-1/2 u. 4-.

Stadttheater.
 Freitag, den 12. Decemb.
 7 1/2 Uhr, Ende 9 1/2 Uhr.
Das Dorf ohne Glocke.
 Garmen.

Thalia-Theater.
 Gastspiel des Stadt-
 theaters (Berolinastr.)
 Sonntag, den 14. Decemb.
 abends 7 1/2 Uhr: 697
Johannisfeuer.

**Kramers Konzert-
 haus und Varieté.**
 Döllschauer Str. 2. Am R. abends
 Täglich Auftreten des
 erstklassiger
Künstler u. Künstlerinnen.
 Anfang 7 Uhr. 698

Zoo.
 Heute, Donnerstag,
 abends 8 Uhr:
M. Gesellschafts-Konzert
 unter Mitwirkung des
 Bergmeister-
 Gesangs-Quartetts.

Ansichts-Karten
 ersten u. besseren Qualitäts
 Volksbuchhandlung.

Erfindungen
 werden zu kaufen gel.
 Sagen (auch Fern) an
 Adol. Erg. Kasse 432.

**Weihnachts-
 Geschenke**

empfehle
Gummi-Tischdecken
 in reinerem Material,
 Ersatz für Tischtücher
Gummi-Wandschoner
Gummi-Hosenträger
 in grosser Auswahl
 Wasserdichte, abwaschbar
**Frauen- und
 Kinder-Schürzen**
Wachstuche
 Linon- und Zephir-Wäsche
 weiss und bunt, kalt abwaschbar.

Cocos-Abtreter
Faserstoff-Läufer
Markttaschen
Kollegmappen
Gekleidete Puppen
 und Babys
Linoleum-Läufer
Linoleum Teppiche
Linoleum vom Stück

Hugo
Nehab
 Nach 6977
3 Gr. Ulrichstr. 3
 Markthöhe.
 Auf Firma und Hausnummer bitte
 genau zu achten.

Bio
 Ab heute:
„Halbjungfer.“
 (Skaven der Sinnlichkeit)
 Parier Sittendrama in 5 Akten.
 Anfang 3 Uhr. 6903
 Nur für Erwachsene!

Hollische Genossenschafts-Buchdruckerei
 (C. G. m. b. H.) Halle (Saale).
 Montag, den 22. Dezember 1919, abends 8 Uhr,
 im „Volkspart“, Burgstraße 27:
Ordentl. Generalversammlung.
 Tagesordnung:
 1. Jahresbericht, Genehmigung der Bilanz, Verrechnung
 des Ueberschusses, Entlassung der Verwaltung.
 2. Neuwahl der Vorstandsmitglieder auf 1 Jahr. Neuwahl
 für 2 ausstehende Mitglieder auf 3 Jahre. Neuwahl
 eines Ersatzmannes für den Ausscheidet auf 1 Jahr.
 3. Anträge.
 Zutritt nur für Mitglieder.
 Halle (S.), den 11. Dezember 1919.
 Der Vorstand der Hollischen Genossenschafts-Buchdruckerei
 (C. G. m. b. H.) 6978

Achtung, Versicherungsangestellte!
 Sonntag, den 14. Dezember 1919, vorm. 10 Uhr,
 im St. Nikolaus:
Neuerlich wichtige Mitgliederversammlung.
 6968
 Tagesordnung:
Stellungnahme zum abgelehnten Tarifentwurf.
 Erscheinen sämtlicher Mitglieder im Saal! Fernbleiben Verrent!
 Zentralverband der Angestellten.
 Fachgruppe Versicherungsangestellte.

Kanarienausstellung u. Verkl. v. Kanarien
 am Sonntag, den 14. Dezember 1919,
 im Verleihhaus des Schrotvereins „Halle-Süd“,
 6945
 Bessener Weg 60.
 Strassen-Linie 4 bis Art-Kassern, dann rechts Artilleriestr.
 Von nachm. 4 Uhr an in schönem abgetreten Saal:
„Tanzkränzchen“
 Zum Besuch laden freundlich ein
 Der Wirt, Verein „Canaria“.
 Die Ausstellung ist geöffnet von 10 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm.

Heilquellen des Bades Neu-Ragozy.
 Elia-Quelle :: Carolus-Quelle
 Augustus-Quelle.
 Avez ich empfehlen bei Krankheiten des Rachens
 Kehlkopfs usw., Nagen- und Darm-Katarrhen,
 chron. Verstopfung, Hämorrhoiden, Leber- und
 Mildeiden, chronisch Katarrhen der Gebärmutter, Tuben- u. Eierstocke,
 Exsudaten des Brust- und Bauchhohl, Hautkrankheiten (Furunkulose
 usw.), Stoffwechsellkrankungen, Gicht (Rheumatische Diathese), Diabetes,
 Skrophulos, Fettucht, Bl. tarant, Rheuma, Gelenkrheumatismus und
 dessen Folgen bei jugendlichen Personen (Hörsehiden, Chorea, Neu-
 rosen), Reizhitz und deren Folgen.
Anna-Brunnen, erstklassiges Tafelwasser von außer-
 ordentlich erfrischender Wirkung ::
Brunnen-Verwaltung Bad Neu-Ragozy bei Halle.
 Telefon: Amt Salzände Nr. 28 (und Halle Nr. 6725).
 Vertreter u. Hauptdepot
 für Halle u. Umgegend: **G. Förste, Straßenstraße 15** - Telefon 2611.
 Niederlagen in Halle: **Doms-Drogerie, Markt Str. 1, Tel. 1887.**
Enzel-Apothek, Kleinschmieds G. Tel. 1618.
Rich-Wagner-Apothek, R. Wagnerstr. 41, Tel. 3511.
 Niederlage in Dolau: **Drogerie Bankwerth** - Niederlagen in
 Wettin: **Schloss-Drogerie Krüger, Tel. 99. H. G. Krause,**

Pelze
 wird neu u. umgearbeit.
 6978
 6979
 6980
 6981
 6982
 6983
 6984
 6985
 6986
 6987
 6988
 6989
 6990
 6991
 6992
 6993
 6994
 6995
 6996
 6997
 6998
 6999

Artikel,
 welche sich als Weihnachts-
 geschenk besonders eignen,
 zu billigen Preisen
 in großer Auswahl.

Küchengeräthnisse in billigen
 Schöner 22telig 76 85
Waschservice reichlich gold und bunt 36 85
 66.85 66.65
Satz Schüsseln bunt und weiss 9 85
 10.85
Kaffeesevice bunt und Silber, 5- und
 9telig, von 60.- bis 9 85

Schönmöbeln
 in Holz
 und Stroh
 mit gutem
 Mahagoni
 19.85 17.85
 14 85
Wandkaffeemöbeln,
 gold, bunt und
 Weiss,
 mit geschmiedet.
 Mahagoni
 99.85 36 85

Brotkapsel 27.85 27.65 12 85
Fleischwolf veralut und emailiert 33 85
 39.85
Küchenwagen mit Emailleblech 14 85
 19.85
Reibemaschinen m. gut. Mahler 9 85
 13.85
Glühstoffplatten 1. hoch. Ausführung 12 85
 19.85

Römer mit weiss
 und grünem
 Email
 3.95 3 85
Glaschüsseln
 Glasettel
 in schöner
 Ausführung
 in allen
 Preisen

Quirlgarnituren in stark. Ausführung 6 85
 39.85 22.65
Handkörbe in großer Auswahl 1 85
 19.85 11.85 7.95
Messer u. Gabeln Paar 6.95 4.85 3 85
Bratpfannen mit und ohne Deckel 12 85
 17.85
Petroleumkannen Emaille u. Stroh 1 85
 6.95 3.85

Schmeltöpfe in hoher
 Ausführung
 16 cm 18 cm
 6.85 11.65
 20 22
 14.95 17.85
 24 26
 19.85 22.85
 1 Gab 86 85
**Die Freude
 an
 Luxus
 aus
 Porzellan**
**Klickocher
 Kartoffel-
 dämpfer
 Tiegel
 Durchschläge**

Likörservice weiss und bunt 17.85 13 85
Bierservice t. veredelt, 42telig 37 85
Butter- u. Käseglocken 6.85 2 85
 6.25
Glas-Aufsätze mit und ohne Typpe 8 85
 12.85
Karbidlampen beste Ausführung,
 zuverlässig brennend 29 85

Weihnachtskerzen 48 85
Lobel
 Steinweg 45.
 Carlrichtr. 9. Reilstr. 1
 Annendorf. Bahnhofstr. 3

Apollo-Theater.
 Heute 7 1/2 Uhr,
 und folgende Tage:
„Nachfalter“
 Operette v. Oskar Strauss.
 Komp. v. Walter Strauss.
 in der Ausstattung:
 Max Willner u. G.
 Hans Forster,
 Meta Heim, Lydia Petri,
 Robert Lohr, 6976
 Vorverk. 9-1 u. 6-7/8 U.

Schlüterbrot,
 um gesund
 und
 stark zu
 werden.
 Wer
 gesund und
 wohl ist,
 esse
Schlüterbrot,
 um so zu
 bleiben.

Volkspart,
 Burgstraße 27.
Kräftiger
Mittagstisch.

Stoffe
 für
Herren-Anzüge
 in ma. Preisenswäre
 Sammakn, reine Wolle,
 Cheviot, in allen Farben,
 Nr. 46, 65, 76 bis 95 21/2.
 Marengo Nr. 85, 120 21/2.
Kostümstoffe
 in Tuch, Gabardine,
 Cheriol und Kammar.
 in Futterstoffe
billig
Ruhland
 99 Reilstr. 9
 99 Reilstr. 9

Zahle höchste Preise
 für alle Sorten 6968
Felle, Häute
Wolle
Robhaare usw.
 Händler Verzugpreise.
 Tel. 4377. Breitstr. 6.

**Deutscher Holz-
 arbeiter-Verband**
 Zahlstelle Halle a. S.
 6974
 6975
 6976
 6977
 6978
 6979
 6980
 6981
 6982
 6983
 6984
 6985
 6986
 6987
 6988
 6989
 6990
 6991
 6992
 6993
 6994
 6995
 6996
 6997
 6998
 6999

**Die Begrüßung des
 Heiligs**
Martha Reinrich
 Abd. Sonnabend, 2. Abt.
 nachmittags, von der
 Kapelle des Stüblich-
 beles aus Hall. 6991

Reichsine kaufen soll, nicht aber, daß der Kaiserposten an dieser Maschine dem Postamt der A. und S. M. übergeben werden soll. Sondern sind dann weitere Verhandlungen eingelegt. Am 16. November kam eine Notendruckung heraus, in der es heißt: „Daß nach eingetragenen Meldungen die realistischen Reiterregimenten vielerorts beurlaubt seien, ihre Tätigkeit nach dem alten System fortzusetzen, und daß die preussische Reiterregimenten einen Ersatz beanspruchten, wozu nach dem Reichsregimenten und Landräte ersucht seien, für die Zeit weiterzuführen. Hierin bemerkt dann die Verordnung ausdrücklich, daß dies nur so zu verstehen ist, daß ihre Tätigkeit nach dem alten System fortzuführen, und daß die preussischen Reiterregimenten einen Ersatz beanspruchten, wozu nach dem Reichsregimenten und Landräte ersucht seien, für die Zeit weiterzuführen.“

Durch den süddeutschen A. und S. Mat unerbittlich abgelehnt.

Offener Überdruß ist gegenwärtig mit Hoffenemal zu brechen. Meine Herren! Ich könnte eigentlich sagen: das allein genügt schon, um zu zeigen, wie eine andere Verordnung aufzuheben ist, welche durch den A. und S. Mat im Allgemeinen ein Kontrollrecht haben soll. Hier ist nun und zwar zum Ausdruck gebracht, daß es eine solche Kontrolle sein soll. Diese Bestimmungen und Verordnungen waren natürlich dem Angehörten als Vorhaben des A. und S. Mat bekannt und stimmten mit seinen politischen Anschauungen überein, daß die A. und S. M. Träger der politischen Gewalt in der Revolution seien, und zwar nicht nur wie die A. und S. M. in Berlin, sondern wie es in dieser Angelegenheit die A. und S. M. in den süddeutschen Reichsregimenten, A. und S. M. am 21. November ist denn vom Volkstande wieder eine Verordnung erlassen worden, die die Erlaubnis diente, daß die A. und S. M. die Landräte, die ihre Tätigkeit nicht im Sinne der A. und S. M. ausüben, unerbittlich durch den süddeutschen A. und S. Mat abzuweisen sind. Und nun kommt im Zusammenhang damit zwei Tage später die Verordnung vom 23. November, daß der zentrale Volkstand auch das Recht der Kontrolle haben soll. Seine Dittmann hat Ihnen ausführlich erklärt, wie diese Verordnung aufzuheben ist, und wie auf Antrag Landherren noch einzusetzen ist der Fall, daß die A. und S. M. die Landräte haben, die die A. und S. M. halten der Revolution zu bekämpfen und auszubauen, sowie die Gegenrevolution zu bekämpfen, damit ein A. und S. Mat auch eine Waffe in der Hand habe, mit der er abzuweisen einer feiner Meinung nach gegenrevolutionären Standpunkte eines Beamten entgegenzusetzen könnte. Nur in diesem Sinne, von Standpunkte der materialistischen Auffassung aus, konnte der Angehörte die Verordnung aufheben, der zu den unabhängigen Gegebenheiten gehört.

deren Ideal war und ist die spätere Mätereifassung.

Der alte andere Willestand hat, wenn er sich nicht nur seinen politischen Idealen trennen wollte, als die Verbindung nur in diesem Sinne aufzulösen, und daß er sie in diesem Sinne aufzulösen konnte und müßte und nach dem Volkstande aufzulösen sollte, das hat Ihnen ja der Herr Dittmann meines Gedächtnisses einwandfrei dargelegt. Ich komme nun zurück auf die weitere revolutionäre Entwicklung in Halle, woran sich der Angehörte bezieht. Auf die Vorgänge mit den Beurlaubungen will ich nicht eingehen.

Es kommt dann die Zeit Anfang Januar, wo die Verhältnisse mit der Verhältnisse zur Spannung gebracht, wo die Verhältnisse kamen mit der Verhältnisse im Verhältnis, mit den Verhältnissen von Anfang der Mätereifassung, und schließlich, wo es am 10. Januar zur Verfassung des Volkstandes kam. Meine Herren! Sie waren die Frage? Sie haben gehört, daß das A. und S. Mat von der Front zurückkommen war und in politischer Hinsicht nicht auf dem gleichen Standpunkte stand wie die höchsten Soldaten. Es müßte also aus selbstverständlichen ein gewisser Gegenstand vorhanden sein und in diesen revolutionären errenten sein ist es auch ganz selbstverständlich, daß ein solcher Gegenstand sich nicht irgend in einem Winkel der Dämmer verstaubte, sondern sich sehr machte und die Soldaten haben ebenso wie die Bürger und Arbeiter der damaligen Zeit nicht Kinder, die hinter dem Eisen abhört

haben, sondern sie haben selbst, zum Teil bereits erfahren, was sie errentet, gewollt, gewollt, gewollt. So haben sich die Dinge auch hier entwickelt. Und als nun der Volkstand des Zentralrats-Kongresses über die Kommandantenwahl und die Abweisung der Mannabzeichen kam, da war es notwendig, daß der S. Mat gelang hat, wir wollen und müssen dieser Verhandlung auch solche schaffen und verlangen, daß die Christen und Unteroffiziere Abzeichen abgeholt werden. Wer will nun da einer Bedröbe, wie es der Soldaterrat war, werden, daß sie sich nach dem richtet, was die revolutionäre oberste Instanz in einem Beschluß, der aufrecht erhalten worden ist, anordnet. Wenn dann gelangt worden ist, da schweren Verhandlungen, das soll ihr nicht, das ist es ein großer Irrtum. Es haben ebenfalls Verhandlungen geschwebt, die aber nicht Verhandlungen, sondern Beratungen waren im Reichsregimentarium, darüber, in welcher Art und Weise das man einheitlich durchführen sollte. Aber lassen solche besondere Verhandlungen noch nicht getroffen worden waren, waren diese Anordnungen des Tages der obersten Gewalt nachgehend.

Denn von diesem Zentralrat hing ja die ganze preussische Regierung und die damalige Reichsregierung, die Selbstbestimmung ab.

Es war also eine ganz laotische, revolutionäre notwendige Forderung, daß der S. Mat sich die Anschaffung dieses Bekleidungs in einen gemacht hat, wenn auch natürlich einzelne darunter gewesen sind. Das natürlich dem A. und S. Mat, jetzt namentlich unter den Unteroffizieren, die Empörung darüber empordröhrt, daß sie die Abzeichen, die sie im Felde getragen hatten, ablegen sollten, das ist ganz selbstverständlich. Die Frage ist nur die, wenn es im weiteren Verlauf der Umwandlung zu unteilbaren Kammern über die Verhandlungen gekommen ist, wer trägt daran die Schuld? Trägt diese der S. Mat, der nur den Beirath des Zentralrats-Kongresses in Berlin vom 21. T. m. durchführt, oder trägt sie die Truppe, die sich dem widerlegen will? Es sind Worte gebraucht worden wie:

„Sie haben wir uns mit Gewalt“.

es sind gewisse Probeningen angeschlossen worden, aber wir haben aus der Vereinfachung erfahren, daß die Verwicklungen sich trotzdem durch Verhandlungen gelöst haben, und es war Berichts, der mit diesen Verhandlungen zu tun gehabt und es zur Einigung gebracht hat. Auch unter den Artilleristen waren Leute, die durchaus vernünftig waren, wie der Herr Klotze. Da muß man doch fragen: Warum ist es nicht gleich dazu gekommen?

Warum müßte der Punkt erst zur Klammere getrieben werden?

Auf solche Mätereifassungen hin wie: „Die wollen gegen euch losziehen, es sind Verwicklungen usw.“, wozu natürlich die Wäretzen aufgeführt. Sie gingen hin und erbrachen ein Depot. Auf der anderen Seite machen sich die Artilleristen fertig, um sich zu wehren. Das ist verständlich. Aber es kommt die Frage: Durch was für Elemente sind solche Mätereifassungen bald nach der einen, bald nach der anderen Seite hin getragen worden? Und da gibt es nur eine Antwort: Durch solche Elemente, wie sie zum Beispiel diese Zeitung vertritt. Nun ist aber ganz offensichtlich, daß die Gerichte betrugssprochen worden auf revolutionärer Seite, daß die Artilleristen ankommen wollten. Ob sie wirklich kommen wollten oder nicht, ist für den subjektiven Tatbestand gleichgültig. Jedenfalls ist das Gerücht gekommen und diejenigen, die sich angegriffen glaubten, hatten zunächst einmal das Recht: — das ist entscheidend in jeder Hinsicht — nicht für die Sicherheit ihrer Person als Soldaten, sondern für die Sicherheit ihrer Behörde zu sorgen.

Denn der A. und S. Mat ist vom Reichsgericht auch als Behörde anerkannt worden.

Nach verweise nur darauf, daß die A. und S. M. auch jetzt noch aus formalen Mitteln Befolgungen bekommen.

Da der Bericht zu umfangreich ist, werden wir die Fortsetzung in der morgigen Nummer bringen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 11. Dezember 1919.

Was geht in der Angestelltenbewegung vor?

Die Tarifkommission der Angestelltenverbände teilt uns nachstehendes mit:
Durch die immer zunehmende Verteuerung der allgemeinen Lebenshaltung sind die Privatangestellten im Laufe der letzten Monate in eine unerträgliche Lage gekommen. Die Gehälter des im Juli mit Hinblick auf eine baldige Beförderung der Verdienststufe so niedrig abgeschlossenen Christies sind heute vollständig unzureichend und genügen nicht, um auch nur bei den allerbestehenden Lebensansprüchen ein Auskommen zu ermöglichen. Die Angestellten sind verdrückt, nachdem die wenigen Erparnisse aus früheren Zeiten längst aufgebraucht sind, und heute nicht im Stande, die erforderlichen größeren Ausgaben für den Winterbedarf, die Kohlen, die Miete, die Steuern usw. zu decken.

Einige Unternehmer haben in Anerkennung der Lage ihren Angestellten kleinere Gehaltsszulagen gewähren wollen. Aber dieses Angebot kann nur als Tropfen auf den heißen Stein betrachtet werden, darum haben die Angestelltenverbände am 28. November die Forderung einer Wirtschaftsbefreiung eingereicht und um Verhandlungen gebeten. Es werden gefordert für verheiratete Angestellte 1200 Mk. und für jedes Kind 250 Mk. für Unverheiratete 1000 Mk. und für Bekräftigte 800 Mk.

Erst am 9. Dezember ging die Antwort der Unternehmer ein. Trotzdem sie selbst die Notlage der Angestellten anerkennen, lehnen sie die Verhandlungen über eine Wirtschaftsbefreiung ab. Die Unternehmer würden sich bereit erklären, mit den Angestellten über eine etwaige Erhöhung der Tarifgehälter zu verhandeln, wenn diese von vornherein auf die Wirtschaftsbefreiung gänzlich verzichten.

Die Angestellten sind durch die Art und Weise der Ablehnung auf das äußerste enttäuscht und durch ihre Notlage gezwungen, auf der Forderung der Wirtschaftsbefreiung zu bestehen. Sie haben daher den Unternehmern nochmals die Forderung überreicht und erwarten Befreiung bis Donnerstag, nachmittags 4 Uhr. Am erwarteten Abende um 8 Uhr, also heute, wird die gesamte Angestelltenschaft Halle's zu einer großen öffentlichen Versammlung zusammenkommen, um zu der Antwort Stellung zu nehmen. Da es nicht gelungen ist, für die Versammlung einige größere Säle zu bekommen, muß die Versammlung unter freiem Himmel, und zwar auf dem Marktplatz, stattfinden.

Die Angestellten erwarten, daß die Arbeitgeber den Ernst der Lage erkennen und in letzter Stunde den Wünschen der Angestellten entsprechen. Die Angestellten bedauern außerordentlich, daß der Wirtschaftsfrieden in Halle gefährdet ist, sind aber durch ihre Notlage gezwungen, auf ihren Forderungen zu bestehen.

Praktisches Weihnachtsgeschenk!
Abwaschbare **Dauerwäsche**,
Kragen, Manschetten und Vorhemden
in weiß und blau, mit und ohne Leinwandlage,
letzter extra starke Kragen. 6720
O. Klappenbach, Grosse Ulrichstrasse 41.

Madame Dubarry

3 Akte aus der Zeit Ludwig XV.

Freitag 4 Uhr:

Alte Promenade 11a.

UT

Zigaretten, amerikanische, Nordh. Kautabak.

Für Wirt u. Wiederverkäufer günstiger Einkauf.
K. Gimpel, Alte Promenade 6,
Nähe Stadttheater (im Reichshofgebäude).
Nicht mit Neuo Promenade verwechseln!

Ämtliche Bekanntmachungen.

Verkauf von Rindfleisch.
Die Verbrandausgabe an Fleisch wird in dieser Woche auf 150 Or. je Kopf (einer unter 6 Jahren die Hälfte) festgelegt. Es wird Abnehmerfestlich ausgegeben. Der Verkauf erfolgt Sonnabend den 13. d. M., durch die Fleischler, bei denen die Haushälften zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Trennung der zeitlichen Fleischmarken für die Woche vom 8.—14. Dezember. Die Fleischmarkenabgabe ist im Einkäufer-Briefe bis zum 15. d. M. an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufserlös beträgt für 150 Gramm 1,45 Mk.

Verkauf von Rindfleisch.
Der Verkauf von Rindfleisch findet am Freitag, den 12. d. M., um 6 Uhr, im 50. Stamm (Zurri) statt. Der Verkauf erfolgt durch die Fleischler, bei denen die Haushälften zur Kundenliste angemeldet sind gegen Abtrennung der Marke 14 der Einkäufer-Briefe (Schmalz). Die Marken sind im Einkäufer-Briefe bis zum 15. d. M. an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufserlös beträgt für 50 Gr 1,10 Mk.

Wurberkauf.
In der lautenen Woche wird bei den Fleischern für jede Person eines Haushaltes 50 Gramm Wurri verabfolgt. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend den 13. d. M., unter Abgabe der Fleischmarken 3 A und 3 B bei den Rinderkärtern der Marke 3 A — für die Woche vom 8.—14. d. M. Der Verkaufserlös beträgt für 50 Gramm 36 Pf.

Der Verkauf von Erbsen oder amerikanischen Bohnen beginnt am Freitag, den 12. Dezember. Für jede Person eines Haushaltes wird 1/4 Pfund Erbsen oder 1/2 Pfund amerikanische Bohnen abgegeben. Antrud auf eine bestimmte Person oder Käufer nicht. Der Verkaufspreis für Erbsen sowie für amerikanische Bohnen beträgt 125 Pf. für ein Pfund. Die Käufer sind verpflichtet die Ware bei denjenigen Verkäufern einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 445 des Warenbeszeichens 27.

Städtischer Verkauf von Rohfleisch- und Nahrungsmitteln.
In der Lauteinwoche am Freitag, den 12. Dezember. Angekauft zum Einkauf werden die Anhänger der Lebensmittelkarte mit den Nummern 12000, vormittags von 8—12 Uhr, und die Anhänger der Nummern 53001—67000, nachm. von 2—8 Uhr. Gegen Vorlage des neuen Lebensmittelcheines kann ein Haushalt bis zu zwei Personen eine bestimmte Menge Rohfleisch oder Fleischwaren für weitere zwei Personen eines Haushaltes noch ein Einkübler-Rohfleisch oder Fleischwaren zum Preise von 1 Mk. für die Einküblerkarte abgeholt werden. Angewendet liegt in der Lauteinwoche Rohfleisch in Einkübler zum Preise von 6 Mk. und in Fleischwaren zum Preise von 11 Mk. für jede Person eines Haushaltes. Die Rohfleisch- und Fleischwarenkarten sind auf dem nächsten Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht bereitgestellt worden. — Abgekauft wird im Schlachthof.

Städtischer Verkauf von Kerzen.
In der Lauteinwoche am Freitag, den 12. Dezember. Angekauft zum Einkauf werden die Anhänger der Lebensmittelkarte mit den Nr. 48001—53000, vorm. von 8—12 Uhr, und die Anhänger der Nummern 53001—67000, nachm. von 2—8 Uhr. Es wird diejenigen Haushalte, welche in ihrer Wohnung keine elektrische Lichtanlage haben, ein Paket Kerzen zum Preise von 2,50 Mk. abgegeben. Der neue Lebensmittelchein, in dem die Menge der Kerzen angegeben wird, ist vorzulegen. — Für Untergewichtigkeiten beim Bezuge gelten die gesetzlichen Strafbestimmungen.

Der Lagerhalter Herr Hermann Schöneke, hier, Albrechtsstraße 4, ist zum Stadternährungswirtschaftler für den 26. Bezirk auf eine dreijährige Amtsperiode, beginnende am 1. Januar d. d. M., ernannt worden.

Am Freitag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr, im „Volkspark“, Burgstraße 27 (großer Saal):

Öffentliche Volksversammlung

Die Klassenjustiz im neuen Deutschland.

Tagesordnung:
Redner: Genosse Stildebrandt.
Der Prozeß gegen den Genossen Kiliari
geht seinem Ende entgegen, da ist die öffentliche Besprechung der heutigen Justizpflege dringend geboten.
Zahlreichen Besuch der Genossinnen und Genossen erwartet
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereines (U. S. P. D.)
J. A.: G. Kasparck.

Bienenlaublingen u. Umg.

Sonnabend, den 13. Dezbr., abds. 8 Uhr, im Gasthaus zur Linde:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:
Religion, Kirche, Schule und Sozialismus.
Redner: Redakteur Janssen, Halle.
Freie Ansprache.
Ein recht zahlreicher Besuch von Männern und Frauen bei dieser so wichtigen Tagesordnung ist zu erwarten. 6958
Sozialdemokratische Partei U. S. P. D.

Könnern.

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:
Die Gegenrevolution u. die Arbeiterkraft.
Redner: Redakteur Janssen, Halle.
Freie Ansprache.
Eine recht zahlreiche Beteiligung der Männer und Frauen wird erwartet. 6960
Sozialdemokratische Partei U. S. P. D.

Radefeld.

Sozialdemokr. Verein.

Mitglieder-Versammlung.

Sonnabend, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, im Gasthof zu Rabenstein:

Bericht vom Parteitag.

Referent: Genosse Buhls, Delitzsch. *3977
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder. Ter Sorhan.



Radfahrer-Vereine des 'Vorwärts'-Kartells.

Halle u. L. S. und Umgend.
Auf zur Versammlung nach Lettin am Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Restaurant „Gute Quelle“ bei Wichmann. 6960

Preiswert

und wirklich gut kauft jeder
Kaffee — Kakao — Keks
Schokolade — Honigkuchen — Tee
Del-Sardinen — Sardinen in Bouillon
Backartikeln — Kerzen — Sago
Gewürze zum Schlachten
Otto Bornschelm, i. n. d. L. Mittelstr. 21. 6960

Konsumverein für Jernitz u. Umgend.

E. G. m. b. H.
Montag, 15. Dezember, abends 8 Uhr, im Volkshauss:

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht des letzten Verwaltungsvertrages.
2. a) Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1918/19.
b) Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
c) Bericht über die Beteiligung des Unterabteilung.
3. Wahl von 3 Aufsichtsratsmitgliedern und Ersatzmitgliedern.
4. Antrag der Verwaltung betr. Abänderung des Statuts, § 76, Absatz 1.
5. Genossenschaftliches.
Anträge der Mitglieder müssen nach § 42, Absatz 2, 8 Tage vorher eingereicht werden.
Der Vorstand: G. Köhler.
*3974 Der Aufsichtsrat: A. Richter.

Konsumverein für Bodwitz und Umgend.

E. G. m. b. H.
Sonntag, den 21. Dezbr., nachm. 1/3 Uhr, in der Aula der Schule zu Bodwitz:

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Revisionsbericht.
3. Ernennung eines Aufsichtsratsmitgliedes.
4. Anträge nach § 32 des Statuts.
5. Genossenschaftliches.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht *3968
Der Aufsichtsrat.
Wilhelm Herz, Vorsitzender.

Achtung!

Bauarbeiter Delitzsch.

Sonntag, 14. Dezember, vorm. 9—11 Uhr:
Anzahlung d. Streikunterstützung.
Die Zeitung. *3978

Ansichts-Postkarten

empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.
Arbeitsmarkt

Maurer u. Arbeiter

für die Kartellen in Wolken stellt sofort ein
Karl Lingosleben.
Redungen beim Bauarbeiter Warschau, Antik-6902 fabric u. Bauarbeiter Müller, Filmfabrik.

Thätige Zimmerleute

stellt ein
Neubau Schweißbrot-Werke,
Mansfelder Straße 19. 6960

Burg bei Reideburg.

Sonntag, den 22. Dezember, abds. 6 1/2 Uhr, im Gasthof zur Kugel: *3975
Sandarbeiter-Kartellen
der Ortsgruppe Reideburg, Ritzdorf, Ranzau.
Büße sind willkommen.
Um zahlreiches Besuch bitten Ter Sorhan.

Sennewitz.

Sonnabend, d. 13. Dezember, im Gasthaus zum Schwarzen Adler: *3969

2 Lichtbildervorträge.

Nachmittags 4 Uhr für Kinder, Abends 8 Uhr für Erwachsene über:
Die französische Revolution.
Die Erklärung und Vorführung geschieht durch Herrn Stadterordneten Knauths, Halle. Einer recht zahlreichen Beteiligung an beiden Veranstaltungen wird entgegen
Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei.

Achtung! Achtung!

Das schönste Weihnachtsgeschenk

Charlottenburger Lotterle.

in und bleibt ein Glückslos der
Ziehung am 17. und 18. Dezember 1919.
2111 Gewinne und 1 Prämie.
Gewinnkapital Mark 75 000
Höchstgewinn Mk. 50 000
Prämie Mk. 40 000
Hauptgewinne 10 000
*3989
1 000 usw.
Lose zum Preise von Mk. 8.00 inkl. Porto und Gewinnliste gegen Vorauszahlung u. Nachnahme durch die Zentrale
Karl Meier,
Hamburg, Landwehrdamm 78.

! Heeres-Weine !

Prima ang. Rotwein a Fl. Mk. 8.00
" Weisswein a Fl. Mk. 8.00
ohne Steuer, soeben eingetroffen und empfohlen
A. O. André, Weinhandlung,
6973 Wörmitzer Str. 12, Fernruf 1194.

Lanz-Kontrollier-Blumen.

Eintrittskarten und Garderobe-Billets, Capiermaschinen, Orchester etc. Wiedererkäufer hohen Rabatt.
Paul Lange, Tel. 3477.
Kurz- und Galanteriewaren-Großhandlung. 6964
Merseburger Straße 168 (Nähe Riebeckplatz).

Das neugegründete

Philharmonische Orchester

— Leitung: Kapellmeister Erik Augustin —
empfiehlt sich zur gewöhnlichen Ausführung sämtlicher vorkommenden Musikstücke in jeder Gattung. — Das Orchester ist die Verbindung der geübtesten Hallenser Musiker: *3979
*3979
Konzerte : : : : : Ballmusik
Privat- und Vereins-Festlichkeiten.
Aufträge erbeten an die Geschäftsstellen:
H. Klingner, (Kapellm., Augustin), Tel. 69-13
Reichstraße 22 (Franz Vogel), Tel. 3623. 6968

Kalische Kunstausstellung.

Oberrealschule, am Wettinorplatz,
verlängert *3969
bis 28. Dezember.
Besuchzeit 10-4 Uhr. : : Eintritt i. Mk.

Achtung!

Preiswerte Zigareten von 65 Pfg. deutsche Zigareten 15 : : : : :
Garant. reinen Kamotabak, garant. reinen Kamotabak erhalten etc. bei 6928
E. Nowakowski
Geßstraße 22 a. 12. Telefon 5298